Gesetz- und Verordnungsblatt

für die
evangelisch-lutherische Kirche

des

Landesteils Oldenburg
im Freistaat Oldenburg.

XI. Band. (Ausgegeben den 12. November 1935.) 44. Stück.

Inhalt:

- Nr. 110. Gesetz vom 22. Oktober 1935, betreffend Änderung des Gesetzes vom 24. Februar 1925, betreffend die Gebühren für Auszüge aus den Kirchenbüchern und für Umschreibungen in den Kirchenstuhl- und Grabregistern.
- Nr. 111. Gesetz vom 2. November 1935, betreffend Änderung des Gesetzes über den kirchlichen Hilfsdienst vom 22. Mai 1933.
- Nr. 112. Gesetz vom 2. November 1935, betreffend Änderung des Voranschlags der Landeskirchenkasse für die Zeit vom 1. April 1934 bis 31. März 1937.
- Nr. 113. Gesetz vom 4. November 1935, betreffend die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf kirchlichen Friedhöfen.
- Nr. 114. Ausführungsbestimmungen des Oberkirchenrats vom 4. November 1935 zum Gesetz, betreffend die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf kirchlichen Friedhöfen vom 4. November 1935.
- Nr. 115. Erlaß des Oberkirchenrats vom 4. November 1935, betreffend die private Benutzung der Fernsprecher in Dienstgebäuden und Wohnungen.
- Nr. 116. Bekanntmachung des Oberkirchenrats vom 4. November 1935, betreffend Vergebung von Lieferungen bei kirchlichen Neubauten.
- Nachrichten.

№. 110.

Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes vom 24. Februar 1925, betreffend die Gebühren für Auszüge aus den Kirchenbüchern und für Umschreibungen in den Kirchenstuhl- und Grabregistern.
Oldenburg, den 22. Oktober 1935.

Der Oberkirchenrat verkündet nach erfolgter Zustimmung des Landeskirchenausschusses als Gesetz, was folgt:

Einziges Artikel.

In dem Gesetz vom 24. Februar 1925, betreffend die Gebühren für Auszüge aus den Kirchenbüchern und für Umschreibungen in den Kirchenstuhl- und Grabregistern, wird die Gebühr von „0,50 R.M.“ geändert in „0,60 R.M.“.

Oldenburg, den 22. Oktober 1935.

Oberkirchenrat.

Volkers.

№. 111.

Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes über den kirchlichen Hilfsdienst vom 22. Mai 1933.

Oldenburg, den 2. November 1935.

Der Oberkirchenrat verkündet nach erfolgter Zustimmung des Landeskirchenausschusses als Gesetz, was folgt:

§ 1.

In § 6 des Gesetzes vom 22. Mai 1933, betreffend den kirchlichen Hilfsdienst, wird die Zahl „70“ durch die Zahl „85“ ersetzt.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1935 in Kraft.

Oldenburg, den 2. November 1935.

Oberkirchenrat.

Volfers.

№ 112.

Gesetz, betreffend Änderung des Voranschlags der Landeskirchenkasse für die Zeit vom 1. April 1934 bis 31. März 1937.

Oldenburg, den 2. November 1935.

Der Oberkirchenrat verkündet nach erfolgter Zustimmung des Landeskirchenausschusses als Gesetz, was folgt:

Einziger Artikel.

Der Voranschlag der Landeskirchenkasse für die Zeit vom 1. April 1934 bis 31. März 1937 (Gesetz vom 15. Juni 1934) wird wie folgt ergänzt:

§	Ausgaben	1934/35	1935/36	1936/37
43 XII.	Zum Abgang gebrachte Umlagen über die Gemeinden	—	30 000	—

In der Aufrechnung der Ausgaben für 1935/36 wird die Zahl 622 700 durch die Zahl 652 700 ersetzt.

Oldenburg, den 2. November 1935.

Oberkirchenrat.

Volfers.

№ 113.

Gesetz, betreffend die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf kirchlichen Friedhöfen.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Der Oberkirchenrat verkündet nach erfolgter Zustimmung des Landeskirchenausschusses als Gesetz, was folgt:

§ 1.

Die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf den Friedhöfen der Kirchengemeinden Brake, Delmenhorst, Eversten, Nordenham, Ohmstede, Oldenburg, Osterburg, Rüstingen und Barel (Art. 7 des Gesetzes, betreffend die Benutzung der Kirchenstühle und Grabstellen, in der Fassung vom 7. Februar 1913) ist nur solchen Personen gestattet, die im Besitze einer Zulassungskarte gemäß § 2 dieses Gesetzes sind.

Die übrigen Kirchengemeinden können durch Beschluß ihres Kirchenrats die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten von der Erteilung der Zulassungskarte gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes abhängig machen.

Die Pflege der Gräber durch die Hinterbliebenen und die zur Zeit im Dienst befindlichen Friedhofswärter wird dadurch nicht berührt.

§ 2.

Die Zulassungskarte wird vom Oberkirchenrat nach Anhörung der Landesbauernschaft ausgestellt.

Die Zulassungskarte kann vom Oberkirchenrat jederzeit zurückgezogen werden. Die Landesbauernschaft ist vorher zu hören.

§ 3.

Der Inhaber einer Zulassungskarte ist verpflichtet, die Karte den Beauftragten der Kirchengemeinden auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 4.

Dieses Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Ausführungsbestimmungen werden vom Oberkirchenrat erlassen.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Oberkirchenrat.

Volkers.

№ 114.

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 4. November 1935, betreffend die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf kirchlichen Friedhöfen.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. November 1935, betreffend die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf kirchlichen Friedhöfen, werden folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

§ 1.

In den nach § 1 des Gesetzes, betreffend die berufsmäßige Ausführung gärtnerischer Arbeiten auf kirchlichen Friedhöfen vom 4. November 1935 in Frage kommenden Friedhöfen darf die berufsmäßige gärtnerische Grabanlage, Grabbepflanzung und Grabpflege, sowie die Ausführung von Ausschmückungen nur von Personen ausgeführt werden, die im Besitze einer Zulassungskarte sind.

Die Zulassungskarte wird von dem Oberkirchenrat nach Anhörung der Landesbauernschaft Oldenburg, Hauptabteilung II, Marslatourstr. 2, ausgestellt. Für die Ausstellung der Zulassungskarte wird eine Gebühr von 10,— *RM* erhoben, die in die Landeskirchenkasse fließt. Die Entziehung der Zulassungskarte nach § 3 berechtigt nicht zu einem Anspruch auf die Rückgabe der Gebühr.

§ 2.

Die Zulassungskarte wird ausgestellt, wenn seitens des Antragstellers folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. a) eine ordnungsmäßige gärtnerische Lehrzeit und eine mindestens 4 jährige Gehilfenzeit in Betrieben, die sich mit Landschafts- und Friedhofsarbeiten befassen, oder
- b) ein von der Landesbauernschaft Oldenburg *S. N. II* anerkannter Lehrbetrieb oder die abgelegte Gartenmeisterprüfung in Landschafts- und Friedhofsgärtnerei.
2. Guter Leumund.
3. Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche.

Wer beim Inkrafttreten dieser Bestimmung bereits 2 Jahre regelmäßig die Grabpflege ausübt, erhält die Zulassungskarte auch dann, wenn die Voraussetzungen nicht voll vorliegen, sofern die bisherige Tätigkeit des Betreffenden keinen berechtigten Anlaß zu Beanstandungen gegeben hat. Aus mangelndem Bedürfnis allein soll kein Antrag abgelehnt werden.

§ 3.

Die Zulassungskarte wird widerruflich ausgestellt. Sie kann insbesondere zurückgezogen werden, wenn

- a) die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind,
- b) ein Betriebsführer gegen die Anordnungen der Friedhofsverwaltung gröblich verstößt,

- c) ein Betriebsführer die geltenden Löhne nicht bezahlt oder durch sein Verhalten den sozialen Frieden erheblich stört,
- d) ein Betriebsführer die von der Berufsvertretung festgelegten Richtpreise wiederholt unterbietet oder seinen Verpflichtungen gegenüber Berufsvertretung, Steuerbehörden und öffentlichen Versicherungen nicht nachkommt,
- e) ein Betriebsführer die ihm von Grabstelleninhabern gegen Entgelt übertragene Grabpflege derart vernachlässigt, daß berechtigte Beschwerden hierüber an die Friedhofsverwaltung gelangen,
- f) ein Betriebsführer die Friedhofsgärtnerei aufgibt. (Bei der Weiterführung eines Geschäfts nach dem Tode des Betriebsführers muß der Geschäftsführer den Voraussetzungen entsprechen.)

Die Zulassungskarte kann auf Zeit oder auf Dauer entzogen werden. Vor Entziehung der Zulassungskarte kann in leichteren Fällen auch eine Verwarnung erfolgen. Der Entzug erfolgt nach Anhörung der S. N. II der Landesbauernschaft Oldenburg.

§ 4.

Die Inhaber der Zulassungskarte haben ihren auf dem Friedhof beschäftigten Gefolgschaftsangehörigen einen auf den Namen lautenden, mit Datum, Firmenstempel und Unterschrift des Betriebsführers versehenen Ausweis auszustellen.

Zulassungskarte und Ausweis sind den Beauftragten der Kirchengemeinden auf Verlangen vorzuzeigen.

Die Betriebsführer haben die vom Friedhofsamt bzw. von der Friedhofsverwaltung hinsichtlich Ordnung und Bepflanzung aufgestellten Bestimmungen einzuhalten

und sind für die Handlungen der von ihnen beschäftigten Personen verantwortlich.

Frauen sollen in der Regel auf den Friedhöfen nicht beschäftigt werden.

§ 5.

In allen Fällen bleibt die Pflege der Gräber durch die Hinterbliebenen selbst und durch die Friedhofswärter unberührt, für die Inhaber der Gräber bleibt das Recht der Selbstpflege ihrer Grabstellen also bestehen.

§ 6.

Diese Richtlinien finden auf die bei Inkrafttreten dieser Bestimmungen im Dienst befindlichen Friedhofswärter keine Anwendung.

Der Kirchenrat hat darüber zu wachen, daß seitens der Friedhofswärter angemessene Preise genommen werden und daß sie keine eigene Pflanzenanzuchtstätte errichten.

§ 7.

Die Kirchenräte haben Vorkommnisse dem Oberkirchenrat zu berichten.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Oberkirchenrat.

Volkers.

№ 115.

Erlaß, betreffend die private Benutzung der Fernsprecher in Dienstgebäuden und Wohnungen.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Die für die Staatsbeamten maßgebenden Vorschriften über die Entrichtung von Kostenbeiträgen und

Gebühren für die private Benutzung dienstlicher Fernsprechanschlüsse gelten auch für die Kirchenbeamten.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Oberkirchenrat.

Volkers.

№. 116.

Bekanntmachung, betreffend Vergebung von Lieferungen bei kirchlichen Neubauten.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Mit Bekanntmachung vom 8. März 1907 hatte der Oberkirchenrat den Kirchenräten die Vorschriften des Staatsministeriums über Vergebung von Lieferungen und Arbeiten zur tunlichsten Berücksichtigung bei Vergebung von kirchlichen Neubauten empfohlen.

In gleicher Weise wird nunmehr die Reichsverdingungsordnung für Bauleistungen den Kirchenräten zur Beachtung empfohlen, soweit die örtlichen Verhältnisse ihre Anwendung, insbesondere die getrennte Vergebung der Leistungen der verschiedenen Handwerks- und Gewerbebezüge gestatten. Sie kann in der Registratur des Oberkirchenrats eingesehen und bei dem Verlag R. Müller G. m. b. H., Eberswalde-Berlin, für 1,85 *R.M.* einschl. Porto bezogen werden.

Oldenburg, den 4. November 1935.

Oberkirchenrat.

Volkers.

Nachrichten.

Beflaggung kirchlicher Gebäude:

Rundschreiben des Geheimen Staatspolizeiamts Oldenburg an die Pfarrer und Kirchenräte.

„Geheimes Staatspolizeiamt.

Nr. P 1891

Oldenburg, den 29. Oktober 1935.

Durch das Reichsflaggengesetz vom 15. September 1935 ist die Hakenkreuzflagge zur Reichs- und Nationalflagge erklärt worden.

Am 4. Oktober 1935 hat der Herr Reichs- und Preussische Minister des Innern folgende Anordnung erlassen:

Auf Grund des Artikels 4 des Reichsflaggengesetzes vom 15. 9. 1935 bestimme ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichs- und Preussischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten: Wenn gemäß meinem Erlaß über Anordnung zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 8. 6. 1935 die öffentlichen Gebäude allgemein zu beflaggen sind, so sind auch die Kirchengebäude und kirchlichen Dienstgebäude allein mit der Reichs- und Nationalflagge zu beflaggen. Wollen die Kirchen aus anderem Anlaß flaggen, so können sie die Kirchenfahnen zeigen.

Nach dem vorstehend erwähnten Erlaß vom 8. 6. 1935 ist zu flaggen:

I. Regelmäßige Beflaggungstage:

1. am Neujahrstag,
2. am Reichsgründungstag (18. Januar),
3. am Tag der nationalen Erhebung (30. Januar),
4. am Heldengedenktag (5. Sonntag vor Ostern) halbmast,

5. am Geburtstag des Führers und Reichskanzlers (20. April),
6. am Nationalen Feiertag des deutschen Volkes (1. Mai),
7. am Erntedanktag.

II. Beschlagnahme aus besonderen Anlässen:

1. Die Anordnung einer Beschlagnahme an anderen Tagen behält sich der Herr Reichs- und Preussische Innenminister vor. Sie wird in der Regel nur durch Rundfunk und Presse bekannt gegeben,
2. die Beschlagnahme anzuordnen sind für den Bereich ihres Amtsbezirks ferner befugt:
 - a) die Reichsstatthalter,
 - b) für Oldenburg auch der Herr Minister des Innern.

Diese bisherige Rechtslage ist nunmehr durch eine vom Reichsminister des Innern und vom Reichsjustizminister am 24. Oktober 1935 erlassene Durchführungsverordnung zum Reichsflaggengesetz ergänzt worden. Die Durchführungsverordnung hat folgenden Wortlaut:

Wer den von dem Reichsminister des Innern auf Grund des Art. 4 des Reichsflaggengesetzes getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Diese Durchführungsverordnung ist seit dem 25. 10. 1935 in Kraft. Damit strafbare Handlungen vermieden werden, weise ich die für die Beschlagnahme verantwortlichen Geistlichen und Kirchenräte auf die im Vorstehenden eingehend dargelegte Rechtslage hin. Es ist ratsam, die erforderlichen Hafentanzflaggen sofort zu beschaffen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

J. A.:
gez. Müller."

Hergabe von Konfirmandenlisten zu Geschäftszwecken.

Der Oberkirchenrat nimmt Veranlassung, auf das Rundschreiben vom 11. März 1927, wonach die Hergabe von kirchlichen Listen zu Geschäftszwecken untersagt ist, hinzuweisen.

Anschaffung von kirchlichen Bedarfsgegenständen.

Auf die Beachtung berechtigter Wünsche des Einzelhandels bei Anschaffung von kirchlichen Bedarfs- und Einrichtungsgegenständen ist von den in Frage kommenden kirchlichen Dienststellen hinzuwirken.

Gestorben:

Pfarrer i. R. Schwarting (Stollhamm) am 4. Juni 1935,

Pfarrer i. R. Kirchenrat Barelmann (Westertede) am 8. August 1935,

Pfarrer i. R. Dannemann (Stuhr) am 3. Oktober 1935.

Zum 1. Oktober 1935 sind

Pfarrer Lic. Freese in Brake auf sein Ansuchen in den Ruhestand,

Pfarrer Suhren in Seefeld in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Ernennungen zum 1. November 1935:

Vakanzprediger Uden in Delmenhorst gemäß § 53 Ziffer 1 a der Kirchenverfassung zum Pfarrer an der Kirche und Gemeinde Delmenhorst, eingeführt am 10. November 1935;

Vakanzprediger Eilfs in Hasbergen gemäß § 53 Ziffer 1 a der Kirchenverfassung zum Pfarrer an der Kirche und Gemeinde Hasbergen, eingeführt am 3. November 1935.

Beauftragungen:

Datum	Name der Kandidaten:	Auftrag
11. 4. 35	Wellmann	prov. Hilfsprediger in Thausen
1. 5. 35	Appelstiel	prov. Hilfsprediger in Zwischenahn
1. 5. 35	Mierau	prov. Hilfsprediger in Ohmstede
1. 5. 35	Günther Rogge	prov. Vakanzprediger in Waddens
15. 6. 35	Thümmler	prov. Vakanzprediger in Wiefels= Westrum
20. 6. 35	Meyer	prov. Vakanzprediger und zum 1. Oktober 1935 Vakanzprediger der neu eingerichteten Kirchengemeinde Friesonthe
16. 7. 35	Plate	Vakanzprediger in Rüstingen= Neuende
1. 9. 35	Gleinig	prov. Vakanzprediger in Neuenburg
16. 9. 35	Schönbohm	prov. Hilfsprediger in Rastede
	Barelmann	prov. Vakanzprediger in Esenshamm
	Düsterbehn	prov. Assistenzprediger in Oldenburg
	Hermann Schmidt	prov. Assistenzprediger in Oldenburg

Datum	Name der Kandidaten:	Auftrag
20. 9. 35	Koopmann	prov. Vakanzprediger in Altenesch
1. 10. 35	Dr. Bernhöft	Vakanzprediger in Brake
	Bod	prov. Vakanzprediger in Schweiburg
	Boltrod	prov. Vakanzprediger in Seefeld
1. 11. 35	Hermann Schmidt	prov. Vakanzprediger in Altenesch
	Koopmann	prov. Vakanzprediger in Huntlosen
	Brexler	prov. Hilfsprediger in Accum.

Der Hilfsprediger Mahler in Oldenburg ist unter Belassung in seiner bisherigen Dienststellung mit der Tätigkeit eines Landesjugendpfarrers beauftragt worden.

Abberufen:

prov. Vakanzprediger Trentepohl von Bardenfleth,
prov. Vakanzprediger August Wilhelm Schmidt mit dem 31. August 1935 von Neuenburg,
prov. Vakanzprediger Wintermann mit dem 19. September 1935 von Altenesch.

Ausgeschieden aus dem Dienste der oldenburgischen Landeskirche:

Pfarrer Bultmann, Rastede,
Hilfsprediger Addicks, Thausen.

Das Examen pro ministerio haben am 3. September 1935 bestanden:

prov. Vakanzprediger Dr. Bernhöft = Schweiburg,
prov. Vakanzprediger Dannemann = Bardenfleth,

prov. Hilfsprediger M a h l e r = Oldenburg,
 prov. Hilfsprediger M e n e r = Friesonthe.

Am 8. September 1935 sind ordiniert worden:

der prov. Vikarprediger Dr. B e r n h ö f t = Schweiburg,
 der prov. Vikarprediger D a n n e m a n n = Bardenfleth,
 der prov. Hilfsprediger M a h l e r = Oldenburg,
 der prov. Hilfsprediger M e n e r = Friesonthe.

Das Tentamen pro licentia concionandi
 haben bestanden:

am 14. August 1935

stud. theol. B a r e l m a n n = Oldenburg,
 stud. theol. D ü s t e r b e h n = Oldenburg,
 stud. theol. H a a s = Barel,
 stud. theol. M a ß m a n n = Oldenburg;

am 15. August 1935

stud. theol. B o d = Nordenham,
 stud. theol. G l e i n i g = Brake,
 stud. theol. T h ü m l e r = Stollhamm;

am 16. August 1935

stud. theol. J a s p e r s = Stuhr,
 stud. theol. R o o p m a n n = Hörspe b. Bardewisch,
 stud. theol. P o l t r o d = Hannover,
 stud. theol. S c h m i d t = Kiel;

am 24. Oktober 1935

stud. theol. H e r m s = Oldenburg.

In die Kandidatenliste sind aufgenommen die Kan-
 didaten der Theologie Barelmann, Bod, Düsterbehn,
Gleinig, Koopmann, Poltrod, Schmidt, Thümler.

Regierungsbaumeister Schelling in Oldenburg ist
 in seiner Eigenschaft als ordentliches Mitglied des Aus-
 schusses zur Prüfung von Denkmälern und Bauten ge-

mäß staatlichem Gesetz vom 29. Juni 1935 mit der Bestätigung als Sachverständiger für die kirchlichen Belange beauftragt worden.

Der Kirchengemeinde Seefeld ist von der Witwe Ant. Bartels in Reitland ein Betrag von 200,— *RM* unter bestimmten Bedingungen geschenkt worden.

Der Kirchengemeinde Jade ist von dem verstorbenen Fräulein Auguste Bartels ein Betrag von 3000,— *RM* unter bestimmten Bedingungen vermacht worden.

Den Kirchenräten bzw. Pfarrern sind folgende Rundschreiben zugegangen:

1935

- März 8: Heldengedenktag.
 " 11: Gefälle.
 " 15: Sammlung für die Innere Mission.
 April 5: Kollekte für die Innere Mission.
 " 8: Abwehr des Neuheidentums.
 " 10: Kollekte für die Auslandsdiaspora.
 " 10: Erntedankfest.
 " 10: Kirchensteuer 1935/36.
 " 12: Geburtstag des Führers und Tag der nationalen Arbeit.
 " 15: Gebührenfreiheit bei der Ausstellung von Urkunden für den Nachweis der arischen Abstammung.
 Mai 2: Kantatefeier.
 " 3: Kollekte für das Pressewerk der Deutschen Evangelischen Kirche.
 " 10: Kirchenkollekte für das Rote Kreuz.
 " 27: Rechnungsauszüge und Übersichten des Kapitalvermögens- und des Schuldenstandes.
 Juni 3: Kollekte für die Bibelgesellschaften.
 " 3: Urkunden zum Zwecke des Nachweises der arischen Abstammung.
 " 15: Kollekte für die vom Reinsdorfer Unglück Betroffenen.